

Zum Ausschneiden
und Sammeln

Generationenvertrag
Generationenvertrag
Geschäftsplan
(Businessplan)
ELENA-Verfahren
ELENA-Verfahren
Exportweltmeister
Exportweltmeister
Rettung des Euro?
Rettung des Euro?
Staatsverschuldung
Staatsverschuldung
Teilzeitarbeit
Teilzeitarbeit

von Prof. Dr. Dietmar Krafft
unter Mitarbeit von
Dr. Claudia Wiepcke

Kaum ein anderer Staat verfügt über eine so hoch entwickeltes Sozialsystem wie Deutschland. 2008 lagen die Ausgaben für Soziale Sicherung und Gesundheit bei rund 650 Mrd. €, d.h. bei 60 % der öffentlichen Ausgaben bzw. bei 26 % des Bruttoinlandsprodukts.

Grundzüge des Generationenvertrages

Das Sozialstaatsprinzip ist im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert. Der Staat hat die Aufgabe, die Existenzgrundlage seiner Bürger zu sichern (Soziale Sicherung) und für den Ausgleich zwischen sozial Schwächeren und sozial Stärkeren zu sorgen (Soziale Gerechtigkeit). Zentrales Element des deutschen Sozialstaates ist die Sozialversicherung (siehe MARKT 22) mit ihren fünf Säulen: der Kranken-, Renten-, Arbeitslosen-, Unfall- und Pflegeversicherung. Ihre Finanzierung erfolgt durch ein Umlageverfahren, bei dem die Beiträge der heutigen Beitragszahler zum großen Teil (z.B. Altersrenten, Krankheits- und Pflegekosten) an ältere, nicht mehr berufstätige Bürger fließen. Der Zahler erwirbt dadurch einen Anspruch auf solche Zahlungen im Alter durch die dann folgende Generation.

Generationenvertrag bezeichnet einen nicht fixierten, aber praktizierten „Vertrag“ zwischen der jüngeren, berufstätigen und der älteren, nicht mehr berufstätigen Generation, bei dem jeweils die jüngere Generation für Renten und andere Zahlungen der älteren Generation aufkommt.

Die Beitragszahlungen erfolgen für die „5 Säulen“ der Sozialversicherung nach sehr komplizierten Regeln, wobei im Grundsatz Arbeitnehmer und Arbeitgeber Zahlungen leisten, die sich meist an der Höhe des Monatseinkommens der Arbeitnehmer orientieren. Außerdem leistet der Staat auch Zuzahlungen aus den Steuereinnahmen. Der überwiegende Teil der Arbeitnehmer muss sich pflichtversichern, Beamte, Selbstständige und Arbeitnehmer mit hohem Einkommen zum Teil freiwillig oder gar nicht. Durch die Zahlungen erwirbt man einen staatlich garantierten Leistungsanspruch, der sich bei den Renten weitgehend an den früher geleisteten Zahlungen und an dem gegenwärtigen Einkommensniveau der Berufstätigen orientiert.

Aktuelle Problemlage und voraussichtliche Entwicklung

Der Generationenvertrag kann konsequenterweise nur funktionieren, wenn die jeweils nächste Generation in der Lage ist, die erworbenen Ansprüche der vorherigen zu finanzieren. Dabei steht Deutschland, wie auch viele andere Industrienationen, allerdings vor einem großen Problem: Aufgrund der steigenden Lebenserwartung der Bürger und der niedrigen Geburtenzahlen stehen den Leistungsempfängern immer weniger Beitragszahler gegenüber. Das Statistische Bundesamt hat hierzu umfangreiche Berechnungen angestellt und Szenarien entwickelt.

In der für sehr wahrscheinlich gehaltenen Rechnung steigt der Anteil der nicht oder nicht mehr erwerbsfähigen Bevölkerungsgruppe (von 0 bis 20 und älter als 65 Jahre), die von den Erwerbstätigen versorgt werden muss, von 64 % im Jahr 2010 auf 89 % im Jahr 2050. Speziell für die Renten sähe diese Rechnung so aus, dass 2010 ca. 40 Rentner auf 100 Erwerbstätige treffen; 2050 wäre das Verhältnis 72 zu 100.

Geschäftsplan (Businessplan)

Regina hat vor Kurzem ein Unternehmen (eine Tischlerei) gegründet (siehe MARKT 47). In den nächsten Tagen hat sie einen Termin bei der Bank, da sie einen Kredit benötigt. Die Bank bewilligt den Kredit nur, wenn sie von Reginas Geschäftsidee überzeugt ist. Sie will von Regina einen überzeugenden Geschäftsplan vorgelegt bekommen.

Der Geschäftsplan fasst das Gründungsvorhaben zusammen. Er beschreibt die Geschäftsidee, stellt Unternehmensstrategie und -ziele dar und erläutert das Marketing-, Management- und Finanzkonzept. Er dient Kapitalanlegern als Entscheidungsgrundlage.

Ziele des Geschäftsplans

Der Geschäftsplan stellt zum einen den soliden Grundbaustein für Geschäftsverhandlungen mit Geschäftspartnern und Geldgebern dar. Er dient als Kommunikationsgrundlage, wenn Regina ihr Konzept Banken, der öffentlichen Hand, Förderinstitutionen, Beratern oder Kooperationspartnern vorstellen möchte. Regina kann auf seiner Grundlage ihre Geschäftsidee nach außen verkaufen und überzeugen, dass sie mit ihrer Geschäftsidee auf dem Markt bestehen wird.

Zum anderen dient der Geschäftsplan auch als Planungsgrundlage für Regina. Indem sie ihre Strategie und Unternehmensziele formuliert, schafft sie sich einen Plan für eine systematische Vorgehensweise. Durch die langfristige Planung kann sie frühzeitig abschätzen, ob ihre Geschäftsidee realisierbar ist. Der Geschäftsplan zeigt eventuelle Engpässe auf, wodurch Regina schnell erkennen kann, ob die gesetzten Ziele überhaupt erreicht werden können. Mögliche Risiken werden im Geschäftsplan sichtbar, und Regina kann ihnen frühzeitig vorbeugen. Der Geschäftsplan enthält somit eine Gegenüberstellung von Chancen und Risiken des Vorhabens sowie der Stärken und Schwächen der Gründerin.

Wie ist ein Geschäftsplan aufgebaut?

Der Geschäftsplan besteht aus folgenden Bestandteilen:

1. Kurzdarstellung der Geschäftsidee

In der Kurzdarstellung werden die wichtigsten Punkte des Geschäftsplans kurz und prägnant zusammengefasst. Sie dient einer schnellen Orientierung und soll das Interesse des Lesers wecken. Ein guter Eindruck der Kurzdarstellung kann die Basis für eine mögliche Zusammenarbeit mit Regina sein. Die Kurzdarstellung beschreibt die Geschäftsidee, erläutert den Kundennutzen und wodurch sich die Geschäftsidee von anderen abhebt, legt dar, welcher Umsatz und Gewinn erwartet werden, wie die Zeitplanung aussieht und wie die Geschäftsidee finanziert werden soll.

2. Das Unternehmenskonzept

Das Unternehmenskonzept schildert die genaue Vorstellung des Unternehmensleitbildes (Unternehmenswerte, -ziele und -philosophie). Gleichzeitig wird die Geschäftsidee im Detail vorgestellt. Produkt und Unternehmensleistung werden genau beschrieben und die dafür notwendigen Dienstleistungen wie Patente oder Eigentumsrechte benannt. Ferner muss Regina die Branche spezifizieren und die kritischen Erfolgsfaktoren für ihre Geschäftsidee formulieren.

ELENA-Verfahren

Jasmin erhält Anfang Februar ihre Verdienstabrechnung für Januar. Sorgfältig überprüft sie diese auf ihre Richtigkeit. Auf den ersten Blick scheint alles wie bisher. Doch beim näheren Betrachten fällt ihr folgender Hinweis auf: „Im Rahmen des ELENA-Verfahrens werden zukünftig monatlich Daten aus Ihrer Verdienstabrechnung an eine zentrale Speicherstelle übermittelt“. Der Hinweis verwirrt Jasmin. Warum werden ihre Daten abgespeichert? Am nächsten Tag lässt sie sich das ELENA-Verfahren von ihrem Chef erklären.

Das ELENA-Verfahren ist ein neuer Elektronischer Entgeltnachweis. Arbeitgeber sind ab Januar 2010 dazu verpflichtet, Daten aus Verdienstabrechnungen (Lohn, Gehalt und Zeitraum der Anstellung der Mitarbeiter) an eine zentrale Speicherstelle zu übermitteln.

Warum wurde das ELENA-Verfahren eingeführt?

Jasmins Chef erklärt, dass das ELENA-Verfahren den Behörden und Arbeitgebern die Arbeit erleichtern soll. Bisher wurden von den Arbeitgebern in einem Jahr rund 60 Millionen Bescheinigungen für Arbeitnehmer ausgestellt. Arbeitnehmer wie Jasmin benötigten diese Nachweise, wenn sie bestimmte Leistungen bei Behörden wie Arbeitslosengeld, Wohngeld oder Elterngeld beantragen wollen. Sie mussten bei den Behörden den schriftlichen Einkommensbeleg von ihrem (ehemaligen) Arbeitgeber mitbringen. Auf dem Amt wurden dann die Angaben von den Mitarbeitern wieder in den Computer per Hand eingetippt. Um diese hohen Bürokratiekosten zu senken, hat die Bundesregierung am 02.04.2009 das ELENA-Verfahrensgesetz erlassen.

Wie funktioniert das ELENA-Verfahren?

Seit dem 01.01.2010 gibt Jasmins Chef die Daten über Löhne und Gehälter seiner Beschäftigten (auch die von Jasmin) an eine zentrale Speicherstelle (ZSS) in Würzburg in elektronischer Form weiter. Der Datensatz ist gesetzlich festgelegt und wird monatlich übermittelt. Die zentrale Speicherstelle bewahrt die Daten in verschlüsselter und anonymisierter Form auf. Anhand dieser Daten können verschiedene Leistungsberechnungen erfolgen. Jasmin erfährt, dass die Daten nicht ohne Weiteres abrufbar sind. Nur sie kann zum Beispiel anhand ihrer Signaturkarte ihre Daten freigeben. Zusätzlich verwaltet die zentrale Speicherstelle auch die Zugriffsberechtigungen der „abrufenden Stellen“. Hierzu zählen die unterschiedlichen Behörden und Verwaltungen. Diesen Stellen ist bekannt, wer auf die jeweiligen Daten zugreifen darf.

Datenverarbeitung

Sobald der Datentransfer durch den Arbeitgeber (Jasmins Chef) abgeschlossen ist, werden die Daten zweifach verschlüsselt und anschließend gespeichert. Zugriffsmöglichkeiten von anderen Mitarbeiterinnen oder durch andere Personen sind ausgeschlossen. Da die Datenverschlüsselung mehrerer Personen unterliegt, kann lediglich die jeweilige Arbeitnehmerin (Jasmin) ihre Daten zum Abruf freigeben. Vorteilhaft für Jasmin ist, dass ihr Chef zukünftig nicht mehr mitbekommt, wenn sie einen Antrag auf Sozialleistungen stellt. Außerdem werden ihre Daten nicht länger als nötig gespeichert. Der maximale Speicherzeitraum beträgt 5 Jahre.

Generationenvertrag

Diese prognostizierte demografische Entwicklung ist vor allem für die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung problematisch. So werden schon heute Milliarden an Steuergeldern in das Sozialversicherungssystem umgeleitet, da die Beiträge allein nicht ausreichen. Gegenwärtig beläuft sich der Anteil des Zuschusses an die gesetzliche Rentenversicherung auf rund 25% ihrer gesamten Einnahmen.

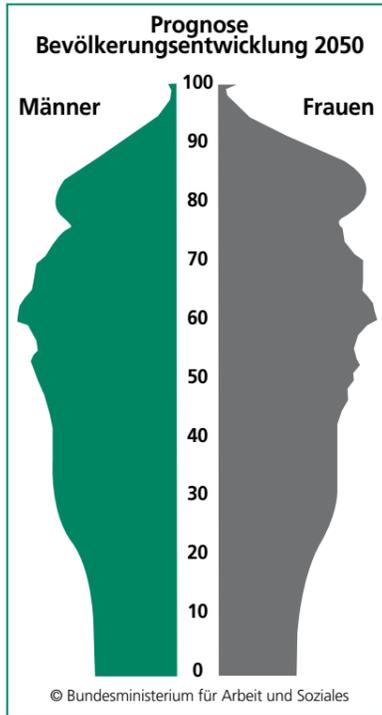
Da der Staat den heutigen Beitragszahlern garantiert, dass sie ihre Ansprüche später geltend machen können, aber die Finanzierung nicht durch zukünftige Einnahmen der Sozialversicherung gedeckt wird, häuft der Staat einen riesigen Schuldenberg an, der bei der offiziellen Staatsverschuldung (siehe MARKT 48) auf Grund von aufgenommenen Krediten noch gar nicht berücksichtigt ist.

Wer soll das bezahlen ...?

Die Reformen der letzten Jahre lassen erahnen, wohin die Reise geht. Immer mehr wurde vom Staat in den letzten Jahren auf die Stärkung der privaten Zusatzversorgung bzw. Selbstbeteiligung hingearbeitet (siehe MARKT 47; z.B. Rürup- oder Riester-Rente). Diese Zusatzversicherungen sollen eine Ergänzung zur gesetzlichen Rentenversicherung sein. Sie sind „kapitalgedeckt“, d.h., der gezahlte Beitrag wird angespart und bei Fälligkeit wieder (verzinst) an den Versicherten ausbezahlt, wie bei den üblichen privaten Lebensversicherungen. Voraussetzung ist natürlich, dass – wie bei allen Versicherungen – das Kapital sorgsam verwaltet und nicht „verzockt“ wird (siehe MARKT 47; Bad Banks).

Auch bei der gesetzlichen Krankenversicherung steigen die privat zu leistenden Zuzahlungen zur Absicherung des Krankheitsrisikos. Praxisgebühr und Zusatzversicherungen bei Zahnbehandlungen oder Hilfsmitteln sind inzwischen die Regel.

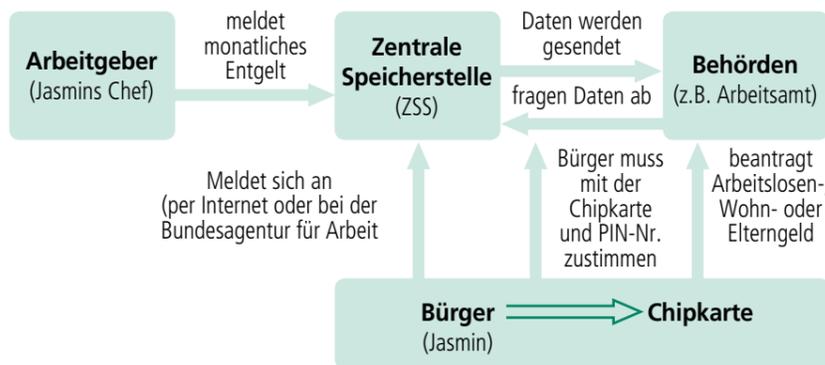
Bei allen Formen der Zukunftsvorsorge werden die unterschiedlichsten Reformen diskutiert. Zentraler Streitpunkt der Experten ist dabei oft, ob das Umlageverfahren, also der Generationenvertrag, oder das Kapitaldeckungsverfahren die Soziale Sicherung auch in Zukunft sicherstellt. Einig sind sich die Experten nur in einem: So wie bisher wird es auf Dauer nicht tragbar sein.



ELENA-Verfahren

Signaturkarte

Jede Arbeitnehmerin (auch Jasmin) verfügt über eine sogenannte **Signaturkarte**. Auf der Signaturkarte befindet sich die persönliche Identifikationsnummer. Hiermit kann einer abrufenden Stelle die Berechtigung erteilt werden, die Entgeltdaten von der zentralen Speicherstelle zu erhalten. Um einem Datenmissbrauch vorzubeugen, befinden sich auf der Karte keinerlei Entgeltdaten der Arbeitnehmer.



Vor- und Nachteile des ELENA-Verfahrens

Jasmin erkennt, dass das neue Verfahren Datentransport und -bearbeitung beschleunigt. Dies kann für die Unternehmen (und somit auch für ihren Chef) zu einer Kostenersparnis führen. Für die Datenverwaltung werden qualifizierte Signaturkarten eingesetzt. So kann für die elektronische Kommunikation Rechtssicherheit gewährleistet werden.

Aus der Zeitung erfährt Jasmin jedoch, dass Datenschützer die umfassende Sammlung von Finanzdaten aller abhängig Beschäftigten kritisieren. Schließlich wird auch die Einkommenssituation derjenigen Bürger gespeichert, die nie eine staatliche Leistung beantragen. Wenn Jasmin eine staatliche Leistung beantragen möchte, muss sie freiwillig der Abfrage ihrer Daten zustimmen. Im Grunde bleibt ihr jedoch keine Wahl, denn ohne Zustimmung würde sie die entsprechende Leistung nicht bekommen. Weiterhin wird kritisiert, dass auch Angaben wie die Teilnahme an Streiks, Abmahnungen und Fehlzeiten, die bisher auf keiner Gehaltsabrechnung auftauchen, gespeichert werden sollen. Die Widerstände gegen dieses Verfahren nehmen zu.

MARKT Lexikon

Herausgegeben vom



© 2010 GOETHE-INSTITUT. Alle Rechte vorbehalten. Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nicht gestattet. Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Einwilligung des Herausgebers in irgendeiner Form reproduziert, vervielfältigt oder verbreitet werden. Bisher erschienene Begriffe im MARKT-Lexikon:

ABC-Analyse	36	Fusion	25	Private Hochschulen in Deutschland	45
Abgeltungssteuer	47	Geldpolitik	20	Produktlebenszyklus	21
Absetzung für Abnutzung (AfA)	44	Geschäftsbrieve	43	Projektmanagement	37
Aktienfonds	24	Geschäftsprozessmodellierung	37	Protektionismus	37
Aktienindex	21	Gesprächsstrategien	18	Publizitätspflicht	40
Altersvorsorge	44	GEZ	47	Qualitätsmanagement	37
Allgemeine Geschäftsbedingungen	38	Globalisierung	28	Rating	30
Angebotsorient. Wirtschaftspolitik	23	Grundpfandrecht	30	Rechnungslegung	40
Arbeitsmarktpolitik	36	Gewinnmaximierung - ja o. nein	21	Rentenfonds	24
Arbeitsvertrag	44	Mumankapital	35	Rentenversicherung	22
Arbeitszeitverkürzung	28	Hochschulzulassung	45	Riester-Rente	47
Aufbauorganisation	18	IFRS - International Financial Standards	40	Rücklagen	25
Auftragsbearbeitung	18	Immobilienfonds	21	Schattenwirtschaft	32
Aussperrung	20	Immobilienwirtschaft	43	Schwarzarbeit	32
Bad Banks	47	Innenfinanzierung	44	Soziale Marktwirtschaft	21
Bankenkrise	43	Innovationen	30	Sozialhilfe	22 + 25
Bankensystem	29	Innovationsmanagement	39	Sozialversicherung	22
Basel II	30	Insolvenz	28	Staatsverschuldung	36
Bausparen	32	Investmentfonds	24	Stabilitätspakt	35
Bilanzanalyse	19	Jahresabschluss	19	Stabilisierungspolitik	21
Bildungsökonomie	31	Maizen	31	Studienkosten	45
Bildungskontrolling	31	Körperschaftsteuer	23	Studien- und Semesterbeiträge	45
Bürgerschaft	26	Kompetenzmanagement	38	Subventionen	26
Call Center	28	Konvergenzkriterien	35	Szenario-Technik	38
Charttechnik	24	Korruption	26	Terms of Trade	46
Corporate Governance	40	Kosten	19	Testmarkt	44
Corporate Identity	18	Krankenversicherung	22	Tourismus	32
Das Deutsche Hochschulsystem	45	Kreativitätstechnik	38	Transferpreise (Verrechnungspreise)	40
Das Studentenwerk	45	Lebensversicherung	43	Transaktionen	24
Demografie	39	Liberalismus	39	Umsatzsteuer - Mehrwertsteuer	12+23
Dienstvertrag	36	Liquidität	23	Umweltmanagement	27
Die Berufswahl - Ein Glücksspiel	38	Lissabon-Strategie	35	Umweltzertifikate	27
DIHK	47	Limited	43	Unfallversicherung	22
Diversifikation	43	LKW-Maut	28	Unternehmensgründung	47
Diversity Management	35	Markenartikel	20	Unternehmergesellschaft (UG)	46
EBIT	44	Marktformen	26	Unternehmertum	39
E-Commerce / E-Business	28	Marktsteuerung	36	Unternehmenszusammenschlüsse	18
Einkommensentwicklung	47	Merkantilismus	39	Urheberrecht	30
Einkommenssteuer	23	Mindestlohn	44	Verbraucherorientierung	31
E-Learning / Blended Learning	31	Mobbing	20	Verhandlungstechnik	39
Electronic-Banking	43	Mobilität	25	Vermögensarten	25
Employability	35	Monopol	26	Vermögensbildung	29
Erbchaftsteuer	46	Motivation	20	Vollkostenkalkulation	25
EU-Osterweiterung	29	Multiplikatorprozess	39	Warentest	46
Europäische Bildungsreform	45	Nachhaltigkeit	38	Wissensmanagement	46
Europäische Wirtschafts- und Währungsunion	29	NAFTA	31	Wirtschaftsethik	37
Europäische Zentralbank	20	New Economy	21	Wirtschaftsförderung	32
Existenzgründung	29	Nutzwertanalyse	37	Wirtschaftskultur	40
Externe Effekte	27	Öffentliche Güter	23	Wirtschaftsprüfung	40
Externes u. internes Rechnungswesen	19	Okosteuer	27	Windenergie	27
Federal Reserve Bank	32	OPEC	30	Währungssysteme	26
Fertigungsplanung	19	Opportunitätskosten	24	Wechsel	20
Finanzausgleich	30	Outsourcing	27	Werkvertrag	36
Finanzbuchhaltung	19	Pauschalreisen	46	Wettbewerbsbeschränkungen	26
Finanzierung	38	Personalplanung	19	Wissensbilanz	36
Fiskalpolitik	37	Pflegeversicherung	22	Work-Life-Balance	35
Freihandel	46	Preisniveau	29	WTO	29
		Preispolitik	23	Zeitarbeit	28
				Zielkostenrechnung	31

Geschäftsplan (Businessplan)

3. Markt- und Wettbewerbsübersicht

In diesem Teil des Geschäftsplans muss Regina mit Hilfe von Markt- und Branchendaten eine Analyse der möglichen Kunden und Konkurrenten vornehmen. Sie muss herausfinden, welche Mitbewerber am Markt existieren und welche Angebote diese haben. Regina sollte herausstellen, was sie von der Konkurrenz abhebt, wie sie das Marktvolumen einschätzt und ob der Markt (geografisch) ausgedehnt werden kann, welchen Preis sie am Markt erzielen kann und welchen sie erzielen muss.

4. Marketing- und Vertriebsplan

In diesem Teil beschreibt Regina ihre konkreten Werbe- und Vertriebsformen. Sie stellt heraus, welche Kundengruppen angesprochen werden sollen, ob die Kunden auf bestimmte Jahreszeiten oder Konjunkturen ansprechen und welchen Nutzen die Kunden vom Produkt haben werden. Im Rahmen der Marketingstrategie muss sie festlegen, wie die Kunden angesprochen, gewonnen, gehalten und deren Anzahl vermehrt werden sollen. Ferner muss sie sich festlegen, welche Strategie sie für die Kunden verfolgt (Preisdifferenzierung, Qualität oder Kostenführerschaft) und wie sie ihr Angebot bewirbt und kommuniziert.

5. Managementplan

Entscheidend für den Managementplan ist der exakte und klar strukturierte Aufbau des Unternehmens. Leitfragen wie: „Wo sind wie viele Arbeitskräfte beschäftigt?“, „Wie ändert sich der Bedarf an Arbeitskräften in den nächsten Jahren?“ sollten beantwortet werden. Auch sollte Regina sich und eventuelle Teammitglieder mit den relevanten Qualifikationen vorstellen. Dabei sind Berufs- und Fachkenntnisse sowie persönliche Motivation und Stärken zu beschreiben. Zudem sind eigene Schwächen zu analysieren und Vorschläge für deren Abbau zu unterbreiten.

6. Rechtsform des Unternehmens

In diesem Teil sind die gewählte Rechtsform, die Gesellschaftersituation sowie daraus resultierende Punkte zu beschreiben.

7. Finanzplan

Der Finanzplan zeigt auf, welches Kapital benötigt wird und welche Erträge zu erwarten sind. Regina muss hier beschreiben, welche Eigenmittel ihr zur Verfügung stehen, wie viel Finanzierung sie benötigt, ob es öffentliche Fördermittel gibt und ob sie Sicherheiten für Bankkredite vorweisen kann.

8. Chancen- und Risikobewertung

Der Geschäftsplan ist eine sehr gute Methode, um sowohl die Chancen als auch die Risiken von Reginas Unternehmen klar zu strukturieren. Die Risikobetrachtung kann zu einer positiven Entwicklung des Unternehmens beitragen, sofern sie rechtzeitig erfolgt.

Exportweltmeister

Internationale Wirtschaftsbeziehungen bestehen außer durch Außenhandel, bei dem es nur um Waren geht, auch im Austausch von Dienstleistungen (z.B. Transporte, Tourismus, Versicherungen), von finanziellen Übertragungen (z.B. Zahlungen an Entwicklungsländer und internationale Organisationen) und von Investitionen in einem anderen Staat.

Wir wollen uns hier nur dem Außenhandel – mit Schwerpunkt Export – widmen.

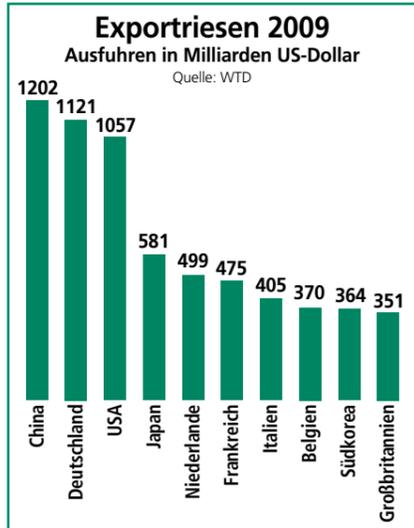
Als Exportweltmeister wird oft in den Medien das Land bezeichnet, das im Außenhandel den höchsten Wert bei den Exporten, d.h. der Ausfuhr von Waren in andere Länder, erreicht.

Deutschland zählt neben China und den USA zu den wichtigsten Außenhandelsnationen. Von 2003 bis 2008 war die Bundesrepublik jedes Jahr sogar Exportweltmeister; sie exportierte weltweit den höchsten Gesamtwert an Waren. 2009 musste sie diesen Titel an die Volksrepublik China abtreten, die sich nun Exportweltmeister nennen darf. Dominierend beim Warenexport in der Welt sind die „großen 3“: China, Deutschland, USA.

Deutschlands Außenhandelsstruktur

Kaum ein anderes Land in Europa, und sogar weltweit, ist so in Außenhandelsbeziehungen verflochten wie Deutschland. Deutschlands Ausfuhr von Waren hat den höchsten Wert von allen Euro-Staaten, dies betrifft die Ausfuhr in die EU wie auch in die restliche Welt.

Im Jahr 2009 hat Deutschland insgesamt Waren im Wert von 1121 Mrd. Dollar exportiert. Dies ist fast genau 1/3 des deutschen Bruttoinlandsprodukts. Die Importe hatten dagegen nur einen Wert von 931 Mrd. \$, sodass sich ein Überschuss von 190 Mrd. \$ ergab. Ein Großteil des deutschen Exports besteht aus Maschinen (ca. 20 %) und Fahrzeugen (ca. 17 %), für die deutsche Firmen weltweit berühmt sind. Ein sehr großer Teil der deutschen Waren wird in die 27 EU-Länder exportiert, vor allem nach Frankreich. Wichtige Handelspartner außerhalb der EU sind die USA, China und Russland.



Was bedeutet der Außenhandel für Deutschland?

Ein Effekt liegt auf der Hand: Der Bürger kann aus einer Vielzahl an Konsumgütern auswählen und muss nicht nur einheimische Produkte kaufen. Betont wird außerdem immer wieder, dass der Warenexport viele Arbeitsplätze sichert. Natürlich

Rettung des Euro?

Ein Rettungsschirm von 750 Milliarden Euro wird gegenwärtig von Regierungen gebastelt, um den Euro, die 10 Jahre alte, noch in den Kinderschuhen steckende Währung, zu retten. Auslöser war Griechenland, früher das Zentrum des klassischen Altertums in Europa und heute des klassischen Missbrauchs von Geld. Nationale und internationale Gremien haben Dauertagungen, und in den Medien läuft eine Talkshow nach der anderen zur Frage, wie man die Banken „in den Griff bekommen“ kann. Sind Transaktionssteuern oder die Besteuerung der Banker-Honorare, neue Regeln oder neue Rating-Agenturen das Richtige? Die Politiker nutzen die Gunst der Stunde, um sich als Retter der Währungen und der EU herauszustellen – und vermeiden es dabei, die eigentliche Ursache des Debakels zu erwähnen: Die Länderregierungen selbst haben die Probleme geschaffen, nicht nur in Griechenland, sondern in vielen, vielen anderen Volkswirtschaften.

Die Krise des Euro ist Ergebnis der jahrelang verschleierte, aber wachsenden Defizite der öffentlichen Haushalte.

Es mag in Griechenland besonders eklatant sein, weil die Verschleierungstaktiken zum Unterlaufen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der EU hervorstecken, doch im Prinzip sind, wie einfache Statistiken zeigen, nur ganz wenige EU-Mitgliedsländer nicht an dem Niedergang beteiligt.

So kompliziert und vielfältig die Aspekte der gegenwärtigen Finanzkrise auch sein mögen, sie können auf einen ganz simplen Tatbestand zurückgeführt werden: die permanent steigende staatliche Verschuldung, die den Kapitalmarkt und die Zahlungsfähigkeit der Verantwortlichen für öffentliche Etats überforderte. In weiser Voraussicht hatten die Gründer der Währungsunion dies durch ausdrücklich und mehrfach vereinbarte „Konvergenzkriterien“ verhindern wollen. Doch schon beim Start des Euro und bei der Aufnahme neuer Mitglieder wurde dagegen verstoßen. In einer Regierungsaussage vor dem Start hieß es 1997 noch euphorisch:

Für die Teilnahme an der Währungsunion gelten strenge Aufnahmebedingungen:

- Für den Eintritt in die Endstufe sind objektive und exakt quantifizierte Maßstäbe – die sog. Konvergenzkriterien – festgelegt.
- Nur wer diese Stabilitätsvorgaben klar erfüllt, bietet die notwendigen Voraussetzungen für eine spannungsfreie Teilnahme an der Währungsunion.
- Bei den Konvergenzkriterien muss der Vertrag strikt eingehalten werden, eine Aufweichung wird es nicht geben.¹

Notwendig waren diese Voraussetzungen, weil mit dem Euro Länder mit unterschiedlichem wirtschaftlichem und politischem Hintergrund in einem Währungsraum zusammengefasst wurden, ohne dass eine einheitliche Regierung gegeben war. Zu den Voraussetzungen gehörte auch die Versicherung, dass die Europäische Zentralbank (siehe MARKT 20) in ihren Entscheidungen unabhängig sein müsse und Kreditgewährungen an die Regierungen vertraglich sehr eng beschränkt sind.

¹ Bundesministerium der Finanzen, EWWU - Der Euro - stark wie die Mark, August 1997

Staatsverschuldung

Regierungen leben auf Pump!

Die kaum vorstellbare Summe von über 1.700.000.000.000 €, also 1,7 Billionen, hatten die öffentlichen Haushalte der Bundesrepublik Deutschland Mitte 2010 an Schulden angehäuft. Rechnerisch entfallen so auf jeden Bürger, vom Säugling bis zum Greis, knappe 21.000 € Staatsschulden.

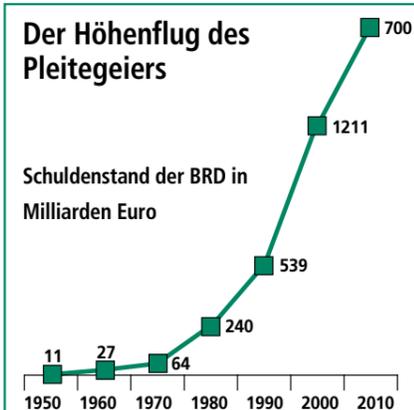
Staatsschulden sind Kredite, die die öffentlichen Haushalte, d.h. Bund, Länder und Gemeinden, einschl. der gesetzlichen Sozialversicherung und sog. Sondervermögen aufgenommen haben und zurückzahlen müssen.

In diese Summe ist nicht eingerechnet, dass der Staat Zahlungsverpflichtungen gegenüber Bürgern hat, die während ihrer Arbeitsjahre für ihre Altersrente und -pflege in staatliche Versicherungen eingezahlt und damit einen Anspruch auf Zahlungen im Alter haben, die dann aus den Beiträgen der kommenden Generation beglichen werden sollen (siehe MARKT 48; Generationenvertrag). Das Gleiche gilt für Beamte, bei denen der Staat sich für Pensionszahlungen nach Ablauf ihrer Arbeitsjahre verpflichtet hat. Diese Zahlungsverpflichtungen sind gegenwärtig gar nicht abzuschätzen und werden letztlich davon abhängen, wie hoch die staatlichen Einnahmen dann sein werden.

Warum verschuldet sich ein Staat?

Diese Frage ist ganz einfach zu beantworten: Weil er mehr ausgibt, als er einnimmt. Bei einem Privathaushalt ist dies i.d.R. nicht möglich, wenn nicht eine große Erbschaft zur Verfügung steht. Auch eine Unternehmung erhält Kredite nur bis zu einer beschränkten Höhe.

Politiker, die für die öffentlichen Kassen verantwortlich sind, haben aber das Ziel, dass sie wiedergewählt werden wollen. Das führt ständig zur Verteilung von „Wohltaten“ für bestimmte Bevölkerungskreise. Geht es der Wirtschaft schlecht und sind daher die Steuereinnahmen knapp, werden dafür Schulden gemacht. Man sagt dann: Wir müssen die Wirtschaft ankurbeln. Geht es der Wirtschaft gut und fließen die Steuern reichlich, kann man noch mehr Geschenke machen, weil ja genug Geld da ist. Die Rückzahlung der Schulden, den unangenehmen Teil, überlässt man den kommenden Politikern, die aber genauso denken wie die vorherigen. So sind vor allem in den Jahren ab 1970 viele Geschenke durch Ausweitung von sozialen Leistungen, Bau von öffentlichen Einrichtungen (Hallenbäder, Kulturhäuser, Hochschulen u.a.m.) gemacht worden, ohne an die Folgekosten zu denken. Verbesserungen für die Bürger sind ja positiv, doch muss man sie an die finanziellen Möglichkeiten anpassen. Das Schuldenkarussell begann also vor langer Zeit und hat durch die notwendigen Zinszahlungen immer schlimmere Folgen.



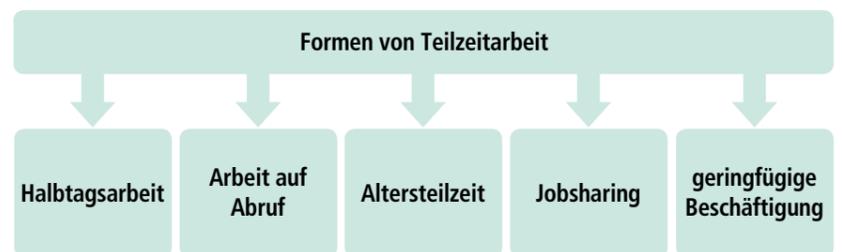
Teilzeitarbeit

Miriam ist 30 Jahre alt und arbeitet seit 10 Jahren als Versicherungskauffrau bei einem Versicherungsunternehmen. Vor einem halben Jahr ist sie Mutter geworden und betreut seitdem im Rahmen der Elternzeit¹ ihr Kind zu Hause. Nach der Elternzeit möchte Miriam wieder in ihrem Beruf arbeiten, aber nicht in Vollzeit, so wie bisher. Im Gespräch mit dem Personalleiter erfährt sie, dass eine Teilzeitbeschäftigung möglich ist.

Von Teilzeitarbeit spricht man, wenn weniger Stunden gearbeitet wird, als für eine Vollzeitbeschäftigung üblich ist.

Welche Formen von Teilzeitarbeit gibt es?

Während die Vollzeitbeschäftigung eine wöchentliche Arbeitszeit von 35 bis 40 Stunden beträgt, fällt die wöchentliche Arbeitszeit bei Teilzeitbeschäftigung geringer aus. Aus der geringeren wöchentlichen Arbeitszeit resultieren mehrere Formen der Teilzeitarbeit.



Halbtagsarbeit	Halbtagsarbeit umfasst die Hälfte der betrieblichen Arbeitszeit bei Vollzeitbeschäftigung. Sie kann entweder vormittags, nachmittags oder an zwei und einem halben Tag pro Woche abgeleistet werden. Halbtagsarbeit ist zur Zeit die häufigste Form von Teilzeitarbeit in Deutschland.
Arbeit auf Abruf	Bei Arbeit auf Abruf werden die Arbeitsstunden von der beschäftigten Person nur abgeleistet, wenn beim Arbeitgeber tatsächlich Arbeit vorliegt. Diese Art von Arbeitsverhältnis wird vertraglich geregelt. Die vertragliche Regelung muss den Umfang der täglichen bzw. wöchentlichen Arbeitszeit umfassen. Fehlt die Angabe einer konkreten Arbeitszeit, gilt ein 10-stündiger Umfang pro Woche bzw. ein 3-stündiger Umfang pro Werktag. Kommt es mangels Arbeit nicht zur Arbeitsleistung des Beschäftigten, so ist der Arbeitgeber dazu verpflichtet, dennoch den Lohn für die entsprechende Arbeitszeit zu leisten. Liegt eine Krankmeldung vor, so erhält der Arbeitnehmer den vollen Lohn.

¹ Im Rahmen der Elternzeit wird man in Deutschland nach der Geburt eines Kindes für einen bestimmten Zeitraum von der Arbeit freigestellt. Die Elternzeit kann entweder die Mutter oder der Vater in Anspruch nehmen, sie haben darauf einen Rechtsanspruch.

Rettung des Euro?

Wenn man einer Zusammenstellung des Statistischen Amtes der EU zu zwei der vier Konvergenzkriterien von April 2010 folgt, zeigen sich deutlich die Probleme. Das erste Konvergenzkriterium sagt, dass die zusätzliche Neuverschuldung in einem Jahr maximal 3 % des Bruttoinlandsprodukts ausmachen sollte; das zweite, dass der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte insgesamt maximal 60 % des BIP betragen darf. Von den 16 Euro-Ländern erfüllen gerade zwei das Kriterium 1 und vier das Kriterium 2.

Offensichtlich ist es trotz aller Verträge und Vereinbarungen nicht möglich, dass die Volksvertreter den Haushalt zu führen, wie die überwiegende Mehrheit unserer privaten Haushalte es zwingend muss. Die Verlockungen, durch – fast immer mit finanziellen Zusatzausgaben verbundene – Wahlgewinne ans Ruder zu kommen oder zu bleiben, führt permanent zu zusätzlichen Defiziten, die mit zusätzlichen Zinsen einhergehen und die Schuldenlasten erhöhen. Dass nun die Situation erstmals gar zu einer Liquiditätsklemme eines Mitgliedslandes führt, ist nicht in erster Linie auf Fehler der Banken, sondern auf die Nichteinhaltung rechtlicher Regeln durch die Politik zurückzuführen.

Länder	Schulden in v.H. des BIP ¹			
	zusätzlich		insgesamt	
Irland	14,3	3,0	64,0	60,0
Griechenland	13,6	3,0	115,1	60,0
Spanien	11,2	3,0	53,2	60,0
Portugal	9,4	3,0	76,8	60,0
Frankreich	7,5	3,0	77,6	60,0
Niederlande	6,8	3,0	60,9	60,0
Slowakei	6,8	3,0	60,0	35,7
Zypern	6,1	3,0	60,0	58,2
Belgien	6,0	3,0	96,7	60,0
Slowenien	5,5	3,0	60,0	35,9
Italien	5,3	3,0	115,8	60,0
Malta	3,8	3,0	69,1	60,0
Österreich	3,4	3,0	66,5	60,0
Deutschland	3,3	3,0	73,2	60,0
Finnland		3,0	2,2	60,0
Luxemburg		3,0	0,7	14,5

So schreibt mit Recht die Frankfurter Allgemeine Zeitung²:

„Die Staatsschuldenkrise, unter der Europa leidet, hat mit irrationalem Marktversagen nicht das Geringste zu tun. Im Gegenteil: Sollte man zur Abwechslung einmal einen Beweis benötigen, dass Märkte funktionieren, dann eignet sich dafür die Fiskalkrise Europas besonders gut. Zur Erinnerung: Die Europäische Währungsunion hat die Mitgliedsstaaten allesamt dazu ermuntert, ihre Defizite auszuweiten und ihren Bürgern eine Wohlstandsillusion vorzugaukeln.“

Nur wenn diese Mängel des wirtschaftlichen Umgangs mit den Steuermitteln der Bevölkerung behoben werden, kann man auf eine bessere Zukunft des Euro hoffen. Die EU steht hier vor einer gewaltigen Aufgabe, die sich nicht auf neue Regeln für den Geld- und Kapitalmarkt beschränken darf, sondern die eine Koordinierung der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik einschließen muss, wenn der Euro auf Dauer gerettet werden soll. Es muss als letztes Mittel auch möglich sein, Länder, die sich nicht an Vereinbarungen halten, zur Rettung des Systems aus dem System auszuschließen.

1) Bruttoinlandsprodukt
2) FAZ.NET, 23.05.2010

Teilzeitarbeit

Altersteilzeit	Altersteilzeit richtet sich an ältere Arbeitnehmer. Beschäftigte ab 55 Jahren haben die Möglichkeit, ihre Arbeitszeit zu reduzieren oder ihre aktive Tätigkeit vorzeitig zu beenden, um so den Übergang in den Ruhestand vorzubereiten. Die vorzeitige Beendigung der aktiven Tätigkeit wird in Deutschland am häufigsten genutzt. Das sogenannte Blockmodell wird in zwei Phasen unterteilt: die Arbeitsphase und die Freistellungsphase.
Jobsharing	Arbeiten nach dem Jobsharing-Prinzip heißt, dass sich zwei Arbeitnehmer eine gemeinsame Arbeitsstelle teilen. Die für den Arbeitsplatz anfallende Arbeit wird von zwei Personen bewältigt. Diese teilen sich auch den dafür bezahlten Lohn. Das Arbeitsverhältnis kann im Wechsel erfolgen. Das bedeutet, dass täglich vor- oder nachmittags oder jeden zweiten Tag abwechselnd gearbeitet wird. Im Krankheitsfall muss der gesunde Arbeitnehmer die Arbeitsstunden nur dann leisten, wenn dies vertraglich zuvor vereinbart wurde.
Geringfügige Beschäftigung Mini-Job/ 400€-Job	Das geringfügige Beschäftigungsverhältnis sieht vor, dass pro Woche höchstens 15 Stunden gearbeitet werden darf. Außerdem beträgt der Monatsverdienst maximal € 400,- im Monat.

Vor- und Nachteile von Teilzeitarbeit

Miriam ist überrascht, dass es so viele Formen von Teilzeitbeschäftigung gibt. Sie erfährt zudem, dass zum größten Teil Frauen diese Beschäftigungsform der Halbtagsarbeit und der geringfügigen Beschäftigung nutzen. Der Personalleiter erläutert, dass sich die meisten Beschäftigten für Teilzeitarbeit entscheiden, wenn sie sich täglich um Familienangehörige kümmern müssen. Dies kann die Pflege alter bzw. kranker Menschen oder auch die Betreuung von Kindern umfassen. Daneben nutzen Teilzeitarbeitende ihre Zeit auch für Freizeitaktivitäten oder für Tätigkeiten im ehrenamtlichen Bereich. Immer häufiger entscheiden sich derzeit Vollzeitarbeitende für einen geringeren Arbeitsumfang, damit sie an einer schulischen oder beruflichen Weiterbildung teilnehmen oder gar eine Doktorarbeit schreiben können. Manche reduzieren ihre Arbeitszeit, da sie bei einer geringeren Arbeitszeit steuerliche Vorteile haben.

Auch das Unternehmen kann diese Beschäftigungsform positiv für sich nutzen. Durch die kürzere Arbeitszeit können die Beschäftigten so eingeteilt werden, wie es die Kapazität erfordert. Es können mehr Personen beschäftigt werden, wodurch ein Stellenabbau vermieden werden kann. Da die Mitarbeiter mehr Freizeit haben, sind sie am Arbeitsplatz leistungsfähiger. Bei der Form des Jobsharing bekommen mehrere Personen die Gelegenheit, sich am Arbeitsplatz zu bewähren.

Teilzeitarbeit kann sich jedoch auch nachteilig auswirken. So muss Miriam finanzielle Einbußen hinnehmen, da sie weniger verdient. Auch besteht die Gefahr, dass die verkürzte Arbeitszeit ihrer Karriere schadet, da sie dem Unternehmen weniger zur Verfügung steht. Dem Unternehmen entstehen höhere Lohnnebenkosten, Kosten für die Einarbeitung, mehr Kosten für die Weiterbildung sowie ein höherer Koordinationsaufwand.

Exportweltmeister

ist Deutschland ebenfalls dringend auf Importe angewiesen und muss daher auch exportieren. So reichen z.B. die inländischen Erdöl- und Erdgas-Vorkommen bei Weitem nicht aus, um den Energiebedarf zu decken, und auch die Chemie- und Papierindustrie muss viele Rohstoffe importieren. Hinzu kommt, dass durch den Warenexport Mittel für die Zahlungen in den anderen Bereichen der internationalen Beziehungen verdient werden müssen, insbesondere für die oben genannten „finanziellen Übertragungen“, die für Deutschland hohe Summen ausmachen.

Deutschlands Kunden und Lieferanten 2009			
Die wichtigsten Kunden		Die wichtigsten Lieferanten	
Frankreich	81,9	Niederlande	58,0
Niederlande	54,1	China	55,4
USA	53,8	Frankreich	54,6
Großbritannien	53,2	USA	39,9
Italien	51,1	Italien	39,7
Österreich	48,2	Großbritannien	33,2
Belgien	42,2	Belgien	29,2
China	36,5	Österreich	29,1
Schweiz	35,3	Schweiz	28,1
Polen	31,6	Tschechien	25,0

Alle Angaben in Milliarden Euro
Quelle: Destatis

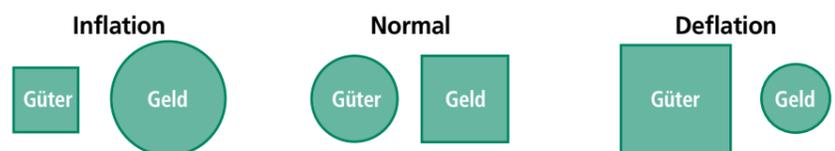
Das Streben zum Exportweltmeister bringt jedoch nicht nur Vorteile. So ist Deutschland im hohen Maße von der Nachfrage am Weltmarkt abhängig und bei einer weltweit schwachen Konjunktur – wie zuletzt aufgrund der Immobilienkrise – fehlen schnell die Aufträge, und die Unternehmen müssen Mitarbeiter entlassen. Auch haben sich in letzter Zeit kritische Stimmen der europäischen Nachbarn gemeldet, die sich wünschen, dass Deutschland seinen Exportüberschuss abbaut. Das Problem für die anderen EU-Staaten besteht darin, dass sie gegenüber Deutschland ein Defizit in der Handelsbilanz aus dem Kauf der Waren haben. Sie kaufen mehr Waren von Deutschland, als dies umgekehrt der Fall ist. Würden die Deutschen ihren Exportüberschuss abbauen, indem sie mehr importieren, so erhoffen sich die anderen Länder davon einen erhöhten Absatz ihrer eigenen Produkte.

Man kann aber diese Situation auch ganz anders beurteilen: Deutschland exportiert die hier produzierten Waren in das Ausland und erhält nicht in gleichem Maße Waren zurück, sondern nur „Guthaben für den Kauf von Waren“ in Form von Geld. Dies bedeutet einen Abfluss von Gütern und einen Zufluss von Geld. Hierdurch kann eine inflationäre Entwicklung gefördert werden, wenn dieses Geld nicht wieder für Werte im Ausland angelegt wird (siehe MARKT 16; Inflation).

Staatsverschuldung

Kann sich der Staat unbeschränkt verschulden?

Dies hängt von der Staatsform und der Verfassung ab. Wenn die Regierungsspitze, ob sie König, Präsident, Kanzler usw. heißt, den Zugriff auf die staatliche Zentralbank bzw. Notenbank hat, ist das Prüfen von Münzen und Drucken von Geldnoten und Weitergabe als „Kredit“ an die Regierung fast unbeschränkt möglich, denn es dauert sehr lange, bis die Bevölkerung merkt, dass die Geldmenge immer mehr zunimmt, ohne dass die Gütermenge ebenfalls steigt.



Diese Entwicklung nennt sich Inflation (siehe MARKT 16) und führt dazu, dass letztlich das Geld seinen Wert völlig verliert. Deutschland hat dies nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg erlebt, und oft sind auch von anderen Regierungen auf diese Weise Kriege finanziert worden. Die Lösung besteht dann darin, dass es neues, anderes Geld gibt und das alte als wertloses Papier verfällt.

Bei der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Zentralbank wurde durch Gesetz die Kreditvergabe an Regierungen durch die Notenbank auf ganz geringe Summen beschränkt und außerdem vertraglich festgehalten, dass innerhalb der EU kein Staat die Schulden eines anderen übernehmen soll. So müssen sich die Regierungen in der Euro-Gemeinschaft das Geld am Kapitalmarkt über Kredite von in- und ausländischen Banken und durch Anleihen bei Bürgern im eigenen oder anderen Staaten (Staatsanleihen, Schatzbriefe u.a.) besorgen. Aber auch hierfür sind Grenzen durch „Referenzwerte“ gesetzt, denn die zusätzlichen Euro, welche sich eine Regierung auf diesem Wege, verschafft, sind ja nicht nur im eigenen Land gültig. Sie sind eine Währung, mit der man in vielen Ländern bezahlen kann. Wenn also ein Land die Euro-Geldmenge auf diesem Wege erhöht, können evtl. alle anderen Länder, in denen der Euro kursiert, ebenfalls inflationär angesteckt werden.

Diese Situation war z.B. für die Vereinigten Staaten schon lange gegeben, denn der US-Dollar gilt seit vielen Jahrzehnten weltweit als Zahlungsmittel für Unternehmen und Touristen. Eine Zunahme der Dollar-Geldmenge durch US-Banken wirkt daher in den Vereinigten Staaten nur abgemindert inflationär, weil sich diese Dollar weltweit verteilen und auch weltweit inflationäre Einflüsse ausüben. Allerdings hilft der Geldmarkt durch den Wechselkurs (siehe MARKT 3), dass diese Dollar-Zunahmen gegenüber anderen Währungen an Wert verlieren, sodass sich die Wirkung nach außen auf längere Sicht neutralisiert. Dies ist im Euro-System nicht gegeben, da es eine einheitliche Währung ohne Wechselkurse hat. Die Regierungen mussten daher bei Eintritt in das Euro-System zusagen, ihre Verschuldung durch zusätzliche Kredite zu beschränken. Leider haben sie sich, wie die Fakten seit der Einführung des Euro zeigen, daran kaum gehalten. Die Staatsschulden steigen und steigen.